

LOHNNEBEN- KOSTEN

BALLAST FÜR DIE WIRTSCHAFT ODER
FAIRE BETEILIGUNG AM SOZIALSTAAT?

Wirtschaftsmythen im Faktencheck



100
JAHRE
GERECHTIGKEIT



SALZBURG

■ Dieser Service ist dank
Ihres AK-Beitrags möglich



Lohnnebenkosten sichern Lebensqualität

Seit Jahren fordert die Wirtschaft die Senkung der Lohnnebenkosten. Kein Wunder also, dass auch jetzt – mitten in der Corona-Krise – diese Forderung reflexartig zu Tage tritt. Einmal mehr wird so getan, als seien die Lohnnebenkosten untragbar hoch. Dadurch sei die Existenz der Unternehmen, die unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen ohnehin schon ums Überleben kämpfen müssen, gefährdet. Und überhaupt sei die österreichische Wettbewerbsfähigkeit per se in Gefahr – so Wirtschaftsvertreter.

Die Angstmacherei ist unbegründet. Die Fakten zeigen: Weder sind die Lohnnebenkosten europäische Spitze noch verschwinden sie irgendwo im „System“. Sie gefährden auch nicht die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen – weder in der Vergangenheit, noch in der aktuellen Krise.

Wahr ist: Lohnnebenkosten sind Arbeitskosten. Sie sind Geld, das die Beschäftigten erarbeiten und das für die Finanzierung des Sozialstaats verwendet wird. Es kommt den Beschäftigten zu Gute: Für Gesundheit, Pension, Urlaubs- und Weihnachtsgeld oder Abfertigung. Wer Lohnnebenkosten ersatzlos kürzen will, reduziert die Lebensqualität der Menschen.

Peter Eder
AK-Präsident
ÖGB-Landesvorsitzender



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

LOHNNEBEN- KOSTEN

BALLAST FÜR DIE WIRTSCHAFT ODER
FAIRE BETEILIGUNG AM SOZIALSTAAT?

Wirtschaftsmythen im Faktencheck

Impressum

Medieninhaber: Arbeiterkammer Salzburg, Markus-Sittikus-Straße 10,

5020 Salzburg, T: +43 (0)662 86 87, www.ak-salzburg.at

Autor: Mag. Reinhard Hofbauer

Redaktion: Mag. Christoph Schulz

Titelfoto: Panumas, stock.adobe.com

Grafik: Gabriele Gallei

Druck: Geschützte Werkstätten – Integrative Betriebe Salzburg GmbH

Verlags- und Herstellungsort: Salzburg

Stand: September 2020

Faktencheck kompakt: Wirtschaftsmythen vs. Realität

Die Wirtschaft macht sich seit langem für die Senkung der Lohnnebenkosten stark. Dabei werden Argumente verwendet, die einem Faktencheck nicht Stand halten.

~~Lohnnebenkosten bringen niemandem einen Nutzen.~~

Lohnnebenkosten sichern unseren Wohlstand



Lohnnebenkosten sind Geld der Beschäftigten und sichern unseren Wohlstand. Mit den von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erwirtschafteten Einkommen wird nicht nur Lohn/Gehalt, sondern auch Pension, Arbeitslosengeld, Entgeltfortzahlung, Wohnbauförderung, Gemeinden und vieles mehr finanziert.

~~Österreich ist wegen der hohen Lohnnebenkosten nicht wettbewerbsfähig.~~

Österreich ist wettbewerbsfähig



Österreichs Wirtschaft ist sehr produktiv und steht im internationalen Wettbewerb gut da. Die aussagekräftigen Lohnstückkosten entwickeln sich ähnlich wie in den vergleichbaren Volkswirtschaften in den Niederlanden, Frankreich oder auch Deutschland. Die Exporterfolge der österreichischen Wirtschaft zeigen, dass die gesamten Arbeitskosten gemessen an der Produktivität keineswegs zu hoch sind.

Inhalt

1 Was sind Lohnnebenkosten?	6
2 Wer zahlt die Lohnnebenkosten?	7
3 Was sind Arbeitskosten?	9
3.1. Österreich im internationalen Arbeitskosten-Vergleich	9
4 Lohnstückkosten und Arbeitsproduktivität	12
4.1. Entwicklung der Arbeitsproduktivität	12
4.2. Entwicklung Lohnstückkosten	13
5 Antworten auf die Corona-Krise	14
5.1. Gute, stabile Löhne und hohe soziale Leistungen	14
5.2. Sozialstaat: Finanzierungsbasis erweitern	15

1. Was sind Lohnnebenkosten?

Der Sozialstaat, auf den wir jetzt in der Krise angewiesen sind und auf dessen Leistungsfähigkeit wir mit Recht stolz sein können, wird in Österreich neben Steuern maßgeblich durch Sozialbeiträge finanziert. Die Einnahmen des Sozialstaats sind von den Einkommen im Wirtschaftsprozess abhängig, die von Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erwirtschaftet werden.

Lohnnebenkosten umfassen neben den Dienstgeberbeiträgen zur Sozialversicherung (Kranken-, Unfall-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung) einen Zuschlag zum Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz und den Wohnbauförderungsbeitrag.

Lohnnebenkosten im weiteren Sinn sind Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Entgeltfortzahlungen bei Krankenstand, Arztbesuchen, Urlaub, gesetzliche Abfertigung sowie Zuschläge (z. B. bei Überstunden) und Zulagen. Dazu kommen ein Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds (aus dem Schulfreifahrten und Schulbücher finanziert werden) sowie die Kommunalsteuer zur Gemeindefinanzierung.

Ein Blick auf die gesamten „Lohnnebenkosten“ führt deutlich vor Augen: Hier verschwindet nichts in einem ominösen System. Es geht um Geld, das direkt an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bezahlt wird. Wer hier spart, spart bei den Beschäftigten! Ein Faktum, dass von Wirtschaftsvertretern gern verschwiegen wird.

Einsparungen gehen eindeutig und zwangsläufig zulasten des finanziellen Spielraums der Beschäftigten, der ohnehin bei vielen recht eng ist.

2. Wer zahlt die Lohnnebenkosten?

Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zahlen ihre Beiträge nicht aus den Profiten. Lohnnebenkosten sind für Arbeitgeber ein Teil der Arbeitskosten und schmälern keinesfalls den Gewinn, wie häufig unterstellt wird.

Aus historischen Gründen werden die Sozialversicherungsbeiträge in Österreich und Deutschland zwischen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern sowie Beschäftigten aufgeteilt. Würde man den Beitrag der Unternehmerinnen und Unternehmer abschaffen, müssten diese eben entsprechend höhere Löhne zahlen – wie es in anderen Ländern geschieht.

Die österreichische Sozialversicherung hat sich bewährt. Sie bietet vergleichsweise hohe Leistungen (v. a. Gesundheits- oder Pensionssystem) bei einem geringen Verwaltungsaufwand. Die laufenden Ausgaben für den Sozialstaat werden durch laufende Einnahmen gedeckt – unsere Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung oder die Pensionen sind so vor den Unberechenbarkeiten und Schwankungen privater Kapitalmärkte geschützt.

MYTHOS	FAKTUM
Lohnnebenkosten schaden	Lohnnebenkosten sichern Lebensqualität

LOHNNEBENKOSTEN: Unternehmer sollen sagen, was sie nicht mehr zahlen wollen!

Lohnnebenkosten-Senkung. Oft gefordert, doch nicht präzisiert!

Was soll nicht mehr bezahlt werden?

- Krankenversicherung
- Unfallversicherung
- Pensionsversicherung
- Arbeitslosenversicherung
- Wohnbauförderungsbeitrag
- Insolvenz-Entgelt-Fonds-Zuschlag
- Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds
- Entgeltfortzahlung (während des Urlaubs, Krankenstand, Arztbesuchen etc.)
- Urlaubs- und Weihnachtsgeld
- Betriebliche Mitarbeitervorsorge
- Gesetzliche Abfertigung
- Kommunalsteuer

3. Was sind Arbeitskosten?

Nur in Österreich wird von der Wirtschaft zwischen Anwesenheitslohn (auch „Direktlohn“ oder „Leistungslohn“) und Lohnnebenkosten unterschieden. Diese Unterscheidung wird für Propagandazwecke missbraucht: Unterstellt wird, dass der Betrieb für Beschäftigte immens hohe Kosten hat.

International üblich ist es, zwischen direkten und indirekten Arbeitskosten zu unterscheiden (OECD, Eurostat, ILO). Direkte Arbeitskosten haben unmittelbaren Einkommenscharakter, indirekte Arbeitskosten bestehen aus Arbeitgeber-Sozialbeiträgen, Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall, Abfertigungen und weiteren Abgaben.

3.1. Österreich im internationalen Arbeitskosten-Vergleich

In Österreich liegen die indirekten Arbeitskosten bei rund 26,2 % der Gesamtarbeitskosten. In einer Reihe von Ländern sind die indirekten Arbeitskosten höher (Frankreich: 33 %, Schweden: 32,1 %, Belgien: 27,9 %, Italien: 27,8 % usw.), in anderen Ländern niedriger (z.B.: Slowakei: 26 %, Spanien: 25,5 %, Niederlande: 23,8 %, Deutschland: 22,4 %, Dänemark: 14 % usw.)

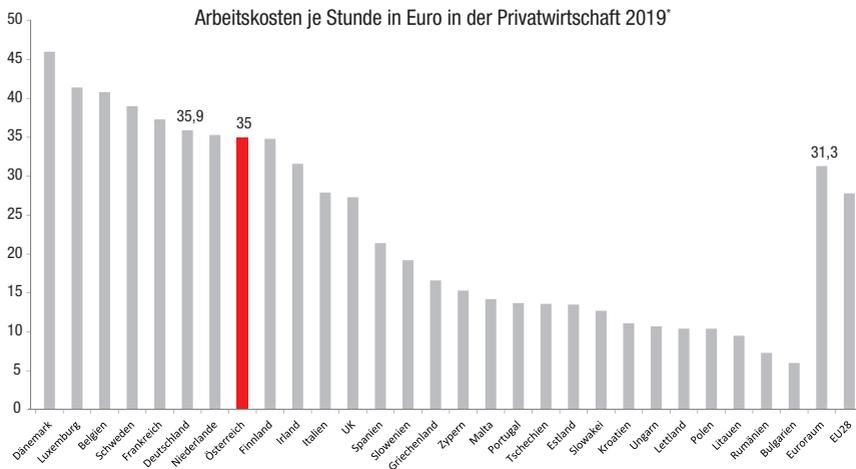
Aber Achtung: Ein solcher Vergleich der indirekten Arbeitskosten (Lohnnebenkosten) ist wenig aussagekräftig: Einerseits umfassen indirekte Arbeitskosten nicht die gesamten Kosten für die Beschäftigung von Arbeitskräften. Andererseits sind indirekte Arbeitskosten zwischen den Ländern nicht vergleichbar. In Schweden etwa zahlen Arbeitgeber Sozialbeiträge von der gesamten Lohnsumme ohne Höchstbeitragsgrundlage und auch obligatorische Betriebspensionen.

In Deutschland zahlen Betriebe im Unterschied zu Österreich keine Beiträge zu Familienleistungen, zur Wohnbauförderung oder zur Kommunalsteuer. Diese stellen in Österreich wichtige Einnahmequellen für die Gemeinden dar.

Aussagekräftig sind nicht die indirekten Arbeitskosten, sondern die gesamten Arbeitskosten für Unternehmen – und auch nur dann, wenn die Produktivität der Unternehmen vergleichbar ist.

MYTHOS	FAKTUM
Arbeitskosten sind zu hoch	In Österreich betragen die Arbeitskosten 2019 je Stunde 35 Euro. Damit liegt Österreich an achter Stelle in der EU.

Spitzenreiter bei den Arbeitskosten in der EU ist Dänemark mit 46 Euro, gefolgt von Luxemburg (41,4 Euro), Belgien (40,8 Euro), Schweden (39 Euro), Frankreich (37,3 Euro), Deutschland mit 39,9 Euro und den Niederlanden mit 35,3 Euro.



*Wirtschaftsabschnitte B-N; Quelle: Eurostat, IMK

Gleichauf mit Österreich liegt Finnland, geringere Arbeitskosten als Österreich haben Länder wie Irland, Italien, Großbritannien oder Spanien. Am unteren Ende der Arbeitskosten-Skala liegen wirtschaftlich schwache Länder wie Ungarn, Rumänien oder Bulgarien, deren Arbeitskosten bei oder unter 10 Euro je Stunde liegen und deren Wohlstand weit unterhalb wohlstandsstarker Länder liegt.



Wirtschaftlich starke und erfolgreiche Länder haben hohe Arbeitskosten, wirtschaftlich schwache Länder niedrige.

Dass Arbeitskosten allein wenig über die Leistungsfähigkeit eines Landes aussagen, zeigen die Unternehmen der Warenherstellung in Deutschland: Dort sind die Arbeitskosten gleich um 8,5 Prozent höher als in Österreich – dennoch ist Deutschland Exportweltmeister mit einem Leistungsbilanzüberschuss von fast 7 Prozent im Jahr 2019. Auch österreichische Betriebe exportierten 2019 um rund 4 Mrd. Euro mehr als sie importiert haben. „Damit stellt Österreich erneut seine prinzipiell hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit unter Beweis“, kommentierte das der von der Regierung ernannte OeNB-Vize-Gouverneur Gottfried Haber.

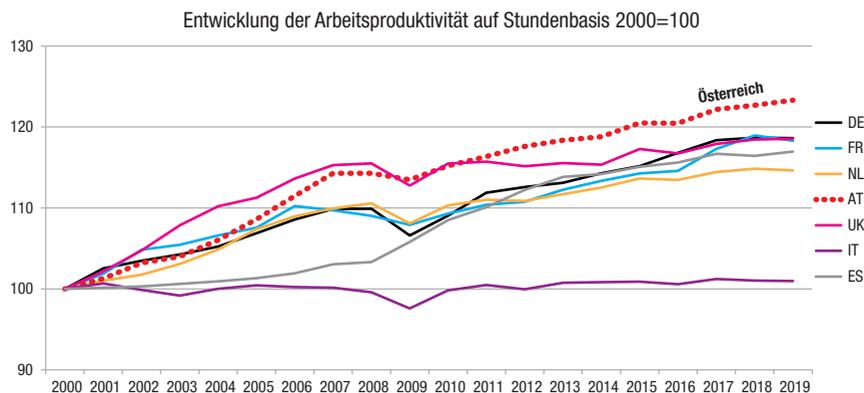
Arbeitskosten sind aber vor allem deshalb wenig aussagekräftig, weil sie keine Information darüber beinhalten, was ein Sozialstaat dafür an Leistungen bietet. Länder mit niedrigen Kosten für Unternehmen haben meist schlechtere Gesundheitseinrichtungen, schlechtere Pensionen, kaum Familienleistungen usw., ihre Lebensqualität ist daher meist drastisch niedriger.

4. Lohnstückkosten und Arbeitsproduktivität

Anders als Wirtschaftsvertreterinnen und -vertreter immer wieder behaupten, sind die Lohn-, Lohnneben- oder Arbeitskosten kein geeigneter Maßstab zur Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Aus diesem Grund werden bei ernstzunehmenden internationalen Vergleichen nicht die Arbeitskosten, sondern die Arbeitsproduktivität und die Lohnstückkosten herangezogen.

4.1. Entwicklung der Arbeitsproduktivität

Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität war in Österreich in der Vergangenheit sehr hoch. Selbst die Wirtschaftskammer jubelte: „Die heimischen Betriebe sorgen seit Jahren für Spitzenwerte bei der Arbeitsproduktivität je Beschäftigtem. Auch große Industrienationen wie Deutschland, Frankreich oder Italien kommen nicht an den Wert der heimischen Wirtschaft.“ Und es stimmt: die Daten zeigen, dass in Österreich die Arbeitsproduktivität in den letzten 20 Jahren stärker gestiegen ist, als bei den meisten Handelspartnern. Diese Entwicklung spricht eindeutig für den Wirtschaftsstandort Österreich.

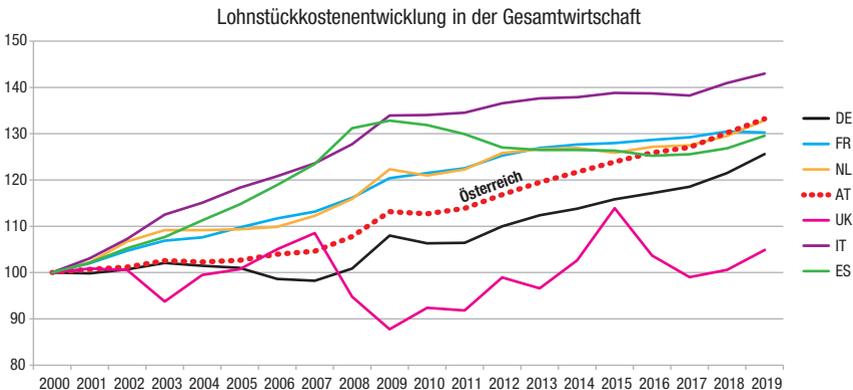


Quelle: Eurostat, IMK

4.2. Entwicklung Lohnstückkosten

Lohnstückkosten sind das Verhältnis von Arbeitskosten zu Arbeitsproduktivität und entscheidend für die Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Steigende Arbeitsproduktivität bei gleichbleibenden Arbeitskosten führt demnach zu sinkenden Lohnstückkosten.

Während sich die Lohnstückkosten in den 2000er Jahren in den europäischen Ländern auseinanderentwickelt haben, nähern sie sich seit kurzem wieder an (Ausnahme: GB). In Österreich liegt die Lohnstückkostenentwicklung im Bereich von Ländern wie den Niederlanden, Frankreich oder nun auch wieder Deutschland.



5. Antworten auf die Corona-Krise

5.1. Gute, stabile Löhne und hohe soziale Leistungen

Die globale Wirtschaftskrise infolge der Covid-19-Pandemie stellt für alle Volkswirtschaften eine riesige Herausforderung dar. Es ist ökonomisch richtig, dass in der aktuellen Krise zunächst die Einkommen der Beschäftigten und damit die Binnennachfrage durch beschäftigungssichernde Maßnahmen stabilisiert werden. Leider profitieren nicht alle Gruppen von den Maßnahmen der Regierung in gleichem Ausmaß. Besonders Arbeitslose, Einkommensschwache, wie die Beschäftigten in Dienstleistungsberufen, brauchen höhere Einkommen. Beschäftigungsgruppen die in der Krise als systemrelevant bezeichnet wurden, müssen aufgewertet werden. Systemrelevanz und Niedriglöhne passen nicht zusammen.

Entscheidend für die Zeit nach der Pandemie wird sein, dass sich die Löhne gut entwickeln und es keine Einschnitte ins soziale Netz gibt. Ein Zurück zu einer konjunkturhemmenden Sparpolitik auf Kosten von Investitionen muss verhindert werden. Ängste bezüglich eines Verlusts der Wettbewerbsfähigkeit sind völlig unbegründet wie unsere Exporterfolge zeigen.

5.2. Sozialstaat: Finanzierungsbasis erweitern

Der Unternehmensbeitrag zu den Sozialleistungen ist seit 1888 an einen einzigen Indikator – die Lohnsumme – geknüpft. Es ist unverständlich, dass daran noch festgehalten wird. Die Herausforderungen in den sozialen Sicherungssystemen nehmen zu, aus diesem Grund sollen sich die Einnahmen parallel zu allen Wertschöpfungskomponenten entwickeln.

- Eine Wertschöpfungsabgabe kann die Abgaben von den Personalkosten auf zusätzlich weitere Komponenten, die in einem Unternehmen an Wert „geschöpft“ werden, verteilen. Die Belastung des Faktors Arbeit würde nachhaltig gesenkt werden. Mehr Beitragsgerechtigkeit zwischen personalintensiven und kapitalintensiven Branchen wäre gegeben.
- Die Steuerfreistellung hoher Vermögen und Erbschaften muss beendet werden. Wenn Arbeitseinkommen geringer belastet werden sollen, dann müssen Vermögen und Konzerngewinne stärker besteuert werden.
- Wichtig ist zudem die wirkungsvolle Bekämpfung von Steuervermeidung, insbesondere durch multinationale Konzerne.



AK | **100**
JAHRE
GERECHTIGKEIT

Gerechtigkeit lässt nicht nach.

Besonders in Krisenzeiten braucht es jemanden, der darauf schaut, dass es gerecht zugeht. Jetzt geht es darum, Österreich neu zu starten und die Menschen, die täglich daran mitarbeiten, zu stärken. Für sie setzt sich die Arbeiterkammer mit aller Kraft ein.

Vor der Krise, während der Krise und auch nach der Krise.